

Ersteinst täglich
nachmittags 4 Uhr mit
Wachnahme der Tage nach Sonn-
und Feiertagen.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk.
Jahresabonnement bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.
Polizeitungssatz 6256 a. Nachtrag VII.

Volksblatt

Inseratensätze
betragt für die 4 gespaltene
Zeile oder deren Raum 15 Pf.;
für Vereins- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.

Inferate für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
10 Uhr in der Expedition aufge-
geben sein.

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 24, 2. Hof II.
Telegramm-Adresse: Volksblatt, Halleaale.

Nr. 142.

Halle a. S., Donnerstag den 18. September 1890.

1. Jahrg.

Eine Denkschrift

I.

datiert Hamburg, 12. September, betr. die Notwendigkeit der Reform des Justizwesens, hat die Redaktion des „Hamburger Echo“ an die zum deutschen Anwaltstage in Hamburg versammelten Herren Anwälte gerichtet, deren an dieser Stelle zu erwähnen wir nicht unterlassen können.

Die Denkschrift sagt im Eingange, daß die Anwälte in erster Linie die Pflicht haben gemäß ihrer verantwortungsschweren beruflichen Stellung, die Rechte und berechtigten Interessen der Staatsbürger gegenüber der fehlerhaften Organisation und den Irrtümern der Justiz zu wahren. Aber auch die Presse sei dazu verpflichtet in Rücksicht auf das öffentliche Rechtsbewußtsein, welches durch das Unrecht der Justiz oft in empfindlicher Weise verletzt wird. An einer Reihe von Thatfachen soll der Anwaltstag ersehen, 1. in wie weit in Hamburg (und so wie in Hamburg im ganzen deutschen Reich) die Rechtsunsicherheit sich geäußert, 2. in welcher Richtung gewisse Reformen der Justiz sich bewegen sollen. Weiter sagt das Hamburger Parteiporgan, daß diese Denkschrift nicht vom politischen Parteistandpunkte, sondern von dem allgemeinen Standpunkte des Staatsbürgers, die gewisse Handlungen der Justiz mit ihrer rechtlichen Ueberzeugung nicht vereinbaren können, und nicht im Parteinteresse, sondern im Interesse der gefährdeten Gerechtigkeit sei die Aufmerksamkeit und das Urteil des Anwaltstages angerufen worden.

Uebergehend zu den Thatfachen, wird zunächst folgende Frage vorangestellt: „Ist es notwendig, die Befugnisse der als Hilfsbehörde bezw. als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft thätigen Polizeiorgane durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmung zu beschränken bezw. derart festzusetzen, daß ein Mißbrauch derselben möglichst ausgeschlossen ist?“ Unter Hinweis auf die §§ 127, 2 (vorläufige Festnahme betr.) und 161 (betr. das Eingreifen der Beamten bei Handlungen, welche keinen Aufschub gestatten, um eine Veruntreuung der Sache zu verhüten) der Strafprozeßordnung, würde nun die bei den letzten Streiks in Hamburg beobachtete Praxis der Polizei (widerrechtliche Verhaftungen), die mit den derselben zugewiesenen Pflichten unmöglich in Einklang zu bringen seien.

Es sei kein Zweifel, daß streikende Arbeiter das Recht haben, zureisende Kollegen zu empfangen, denn strafbar sei nach dem § 153 der Gewerbeordnung nur

die Anwendung körperlichen Zwanges, der Drohung, Ehrverletzung oder Verurteilung, nicht aber die Ueberredung zur Teilnahme an nach § 152 G.O. gedachten Zwecken. Die Polizeiorgane haben in Ueber-einstimmung mit dem Unternehmertum verhindert, zahlreiche Gewerkschaften auf dem Bahnhöfen zu empfangen, ja es genügte einfach eine Denunziation der Arbeitgeber, der oder jener sei auch einer von denen, welche die Arbeiter vom Arbeiten abhalten wollten, um dieselben ohne weiteres zu verhaften. Willkürliche parteiische Annahme, sie könnten eine strafbare Handlung begehen oder begehen wollen, wurde als ausreichend erachtet, Arbeiter der Freiheit zu berauben.

Weiterhin wird das zwangsweise Photographieren aus solchen Anlässen verhafteter Arbeiter beklagt. Notorische Verbrecher, von denen man annehmen könne, daß sie fernerhin auf der beschrittenen Bahn fortschreiten, zu photographieren, sei Recht, um dieselben später eventuell leichter ermitteln und ihre Identität sicherstellen zu können. „Aber ehrliche Arbeiter, die weiter nichts gethan, als was ihr gutes Recht ist, und dabei das Unglück hatten, der Willkür eines Polizeiorgans zum Opfer zu fallen, gleich gemeingefährlichen Verbrechern der Kunst der Photographie preisgegeben, das ist noch nicht dagewesen, das ist neu, das ist unerhör.“

Untersuchungsgefängnisse sind nur in gewisser Beziehung unfrei, ihnen dürfen nur solche Duldungen und Unterlassungen auferlegt werden, welche zur Sicherung des Zwecks der Haft notwendig sind, — sie zu photographieren sei deshalb vom kriminalistischen Standpunkte aus ein Konfess. In der ganzen Strafprozeßordnung findet sich nicht die leiseste Spur solch eines Rechtes. Es ist sicherlich nicht angenehm für jemanden, der das Unglück gehabt hat, einmal verhaftet zu werden, zu wissen, daß die Polizei diese Gelegenheit benutzt hat, ihn zu photographieren, um so eine gewisse Polizeiaufsicht über ihn ausüben zu können und er wird es sicherlich nicht als eine Ehre ansehen, dem „Verbrecheralbum“ eingereiht zu werden.

Die Redaktion des „Echo“ hat in Anlagen der Denkschrift eine Reihe von Fällen beigelegt, die früher im „Echo“ veröffentlicht wurden, und für deren Wahrheit am besten die Thatfache bürgt, daß die Veröffentlichungen ohne behördliche Anfechtung geblieben seien, sie glaubt ferner die Ueberzeugung ausprechen zu dürfen, daß der Anwaltstag die aufgeworfene Frage in bejahendem Sinne beantwortet werden, da man es nicht wird für zulässig erachten können, „daß Staatsbürger eine im Dienste

der Justiz und unter Berufung auf dieselbe geschähenen offenbaren Willkür der Polizeiorgane, die sich geradezu als Amtsmißbrauch qualifiziert, zum Opfer fallen.“ Für die widerrechtlichen Maßnahmen der Polizei könne nicht der Einwand des „Rechtsirrtums“ oder gar der „Gefeheskenntnis“ vorgebracht werden. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat die gegen einen Zimmergefehen gerichtete Denunziation eines Meisters mit der Motivierung zurückgewiesen: Die bloße Aufforderung zur Beteiligung am Streik sei erlaubt. Das ist so allgemein in allen Kreisen des Volkes bekannt, daß die Annahme, unsere Polizeiorgane wüßten es nicht, als Beleidigung derselben erweisen dürfte.

Politische Uebersticht.

Der neue Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, Genosse Dr. Luz in Jülich, veröffentlicht in der „Frei. Zig.“ nachstehende Erklärung: „Gegenüber der durch eine größere Anzahl deutscher Blätter gegangenen Notiz, daß sich die neue Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“ ebenfalls im Gegenstz zu der sozialdemokratischen Fraktion gestellt habe, und unter Berücksichtigung, daß sich diese Meldung nur auf mich beziehen könne, erkläre ich hierdurch, daß ich bis zu diesem Augenblick meine Stellung als neugewählter Chef-Redakteur genannter Zeitung noch nicht angetreten habe, und erkläre weiterhin, daß ich überhaupt in keinem prinzipiellen Gegenstz zu den Anschauungen der Fraktion befinde.“

Daß die Behörden noch fortwährend gegen die Ausübung von Kindern durch die Landwirtschaft einschreiten müssen, zeigt folgendes neue Vorkommnis. In bezug auf das Vermieten von Schulkindern hat die Regierung zu Magdeburg folgende Verfügung erlassen: „Zur Befreiung der vielen und schweren Schäden, welche der Volksschule durch das Vermieten von Schulkindern aus dem diesseitigen Regierungsbezirk nach anderen benachbarten Bezirken und umgekehrt erwachsen, ordnen wir an, daß der erforderliche, seitens des zuständigen Ortschulinspektors auszustellende Erlaubnischein nur widerrechtlich und nur unter der Bedingung zu erteilen ist, daß das betreffende Schulkind zum Hüten oder Dienen nicht außerhalb des Regierungsbezirktes vermietet bezw. verwendet werden darf.“ Auch hier wurde die Befreiung billiger Kinderkräfte also in einer Weise betrieben, daß die elementare Schulbildung unter ihr litt.

Sakuntala.

Novelle von Reinhold Drtmann.

[Nachdruck verboten.]

(Schluß.)

Aber der Gefragte lehnte kurz ab. „Nein! Es ist mir eben recht so!“ sagte er mit rauher fremd klingender Stimme. Dann schloß sich hinter ihm mit dumpfen Klänge die Thür.

„Er auch nicht!“ murmelte der Diener mit einem Achselzucken. „Diese Schen vor dem Dicht muß ja ganz was besonderes zu bedeuten haben!“

Gerhard machte in dem dunklen Zimmer einige Schritte bis zu dem Ruhebett und warf sich auf dasselbe nieder. Es war totenstill um ihn her, und diese Stille that seinen bis zur Raserei erregten Nerven unendlich wohl. Was er gethan hatte, war nicht eine Eingebung des Augenblicks, nicht die thörichte Handlung eines eigenwilligen Knaben gewesen, sondern ein Ergebnis langer und schwerer Kämpfe, eine Sühne für seine eigene Schuld und seine Rache an Rita, über deren Anteil an der Gestaltung seines Schicksals er ja nicht im Zweifel sein konnte.

Und er war sich der Folgen dieser Handlung wohl bewußt. An eine nochmalige Aufführung der „Sakuntala“ war nicht zu denken, und er selber wünschte sie nicht einmal. Doch darin lag vielleicht noch nicht

einmal die schlimmste Folge dieses Abends. Die vermeintliche Rücksichtslosigkeit mußte ihm allgemein überliefert werden, und seine künstlerische Stellung war möglicherweise auf eine lange Zeit hinaus ernstlich erschüttert.

Vorübergehend schossen ihm alle diese Dinge durch den Kopf; aber sie erschienen ihm geringfügig und bedeutungslos jenem großen, unheilbaren Leid gegenüber, das er selbst durch die unsinnigen Aufregungen der letzten Stunden nicht zu betäuben vermocht hatte.

Witten in das wüste Wirral seiner trostlosen Gedanken hinein summt wie zum Hohne immer und immer wieder eine Weile, die er als Knabe zuweilen von den blaffen Lippen Bernhards gehört hatte. Seit dem frühen Morgen dieses Tages klang sie ihm unausgesetzt im Ohr und selbst durch das Rauschen des vollen Orchesters hindurch hatte er sie zu vernehmen geglaubt. Warum hatte ihm nur gerade diese eine unselbige Stelle des traurigen Goetheschen Liebesliedes so fest im Gedächtnis bleiben müssen —

„Es steht ein Regenbogen
Wohl über jenem Daus!
Sie aber ist weggezogen,
Und weit in das Land hinaus.“

„Ginaus in das Land und weiter,
Stellst dich gar über die See —“

Er stöhnte laut auf und brückte das Gesicht in die Hände. Da — was war das? — In jähem Er-schrecken fuhr er empor. Ein warmer Hauch hatte

seine Wangen, seinen Hals gestreift, und nun fühlte er zwei Arme um seinen Nacken und einen weichen, schmiegsamen Körper an seiner Brust. Wie ein Blitz schoß ihm der Gedanke durch das Gehirn — „Rita!“

„Hinweg!“ schrie er in wildem Zorn. „Wie kannst Du es wagen, mich bis hierher zu verfolgen! — Hinweg, ich will Dich nicht sehen; denn Du bist die Mörderin meines Glücks!“

Aber die beiden Arme umschlangen ihn nur noch fester. Zwei warme Lippen suchten die feinen und eine liebe Stimme flüsterte:

„Und wenn Du mich auch von Dir stoßen wolltest — jetzt lasse ich Dich nicht mehr; denn ich weiß ja, daß Du mich liebst!“

„Astrid — Du!“

Er brachte nicht mehr heraus als die beiden Worte, die wie ein Jubelruf durch das dunkle Zimmer klangen. Dann preßte er sie an sich, als ob er sie erstickend wollte mit seinen Küssen.

Und endlich, nach einer Spanne seligen Schweigens, begannen sie einander zu erzählen, was sie gelitten und wie schwer sie gerungen hatten.

Trotz aller Bitten und Warnungen der Rechnungsrätin, die um Astrids Gesundheit ernstlich besorgt gewesen war, hatte sich diese nicht verjagen können, das Konzert zu besuchen. Von einem der verstedtesten Plätze aus, ihre schlanke Gestalt eng hinter eine Säule schmiegend, war sie Zeugin der außerordentlichen Vorgänge gewesen, welche sich dort vollzogen hatten, und

Das Erkenntnis des Landgerichts in dem am 10. d. M. verhandelten Altonaer Sozialistenprozeß ist am Montag publiziert worden. Danach ist Weinheber als Verleger der die Staatsregierung beleidigenden Flugblätter zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, der Drucker Diez dagegen freigesprochen. Die übrigen 48 Angeklagten erhielten je eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen.

„Bravo“ kauft die „Hall-Ztg.“ einer Erklärung, welche 64 Mitglieder des schleswig-holsteinischen Lehrervereins in der „Schleswig-Holsteinischen Schulzeitung“ veröffentlichten, und nach welcher dieselben mit den Ausführungen des Dr. Dittes über den Religionsunterricht auf dem achten deutschen Lehrertag in Berlin, zu welchem wir uns seinerzeit in mehreren Leitartikeln zum Ausdruck äußerten, nicht einverstanden sind; sie folgen dieser Erklärung hinzu, daß sie glauben, im Sinne vieler Kollegen in der Provinz und im Lande zu handeln, wenn sie gegen die Darlegungen des Dr. Dittes öffentlich Verwahrung einlegen. Wenn einmal ein mutiger Schulmann eine Lønge für eine lichte Schulreform bricht, ist unser Schulwesen nicht sofort umgewandelt, zumal in puncto die Religion. Aber wir wissen, und haben dies auch auf dem achten Lehrertage gesehen, daß Dr. Dittes mit seiner Ansicht nicht allein steht, im Gegenteil sich für eine Eulireform in dessen Sinne eine ganze Reihe angesehener deutscher Lehrer ausgesprochen haben, so daß wir die Ueberzeugung begen können, in nicht allzu langer Zeit die Pläne des Dr. Dittes realisiert zu sehen.

Offenbar aus der Feder eines Sachverständigen wird dem in Glogau erscheinenden „Niederösterreichischen Anzeiger“ in Sachen des Hungertypus im Rhodner Kreis folgendes mitgeteilt: „Durch Ansetzung kam der Hungertypus weit eher von Person zu Person übertragen werden wie der gewöhnliche Typhus, bei welchem eine solche Verbreitungsform überhaupt noch nicht mit Sicherheit nachgewiesen ist, und wenn die dortigen Krankheitserscheinungen sich nur dadurch vom Fleck- oder Hungertypus unterscheiden sollten, daß sie „durch den Genuß schlechten Wassers und Anstreckung“ entstanden seien, so wäre es noch garnicht ausgeschlossen, daß sie vom Hungertypus selbst herühren. Eine genauere und klarere Angabe über den im Rhodner Kreise vorgekommenen Typhus wäre im Interesse einer endgültigen Verhütung sehr erwünscht.“

Werden die Geheimbundsprozesse nach Erlöschen des Sozialistengesetzes aufhören? Diese Frage ist nicht so überflüssig, als sie vielleicht manchem erscheinen könnte; wir glauben sogar, daß sie recht zeitgemäß ist. Zunächst muß festgehalten oder aus dem Gedächtnis zurückgerufen werden, daß die Geheimbundsprozesse der Aera Bismarck-Puttamer nicht auf Grund des Sozialistengesetzes, sondern auf Grund der famosen Geheimbundsparagraphen des Reichsstrafgesetzbuchs in Szene gesetzt worden sind. Das Reichsstrafgesetzbuch wird aber durch das Erlöschen des Sozialistengesetzes in keiner Weise berührt. Freilich könnte man einwenden, daß nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes kein Boden mehr für Geheimbundsprozesse vorhanden sei, allein es wäre ein gewaltiger Irrtum, vor dem nicht genug gewarnt werden kann. Man betrachte sich nur die bisherigen Geheimbundsprozesse. Bei den meisten derselben war von einem „Geheimbunde“, in dem Sinne, welchen das Wort nach gewöhnlichem Sprachgebrauch hat, keine Rede, sondern

sie war ebenso wenig wie die tief gemühtliche Sängerin im Zweifel darüber gewesen, welche Deutung sie ihnen zu geben habe.

Was ihr jetzt noch zu thun übrig bleibe, sie hatte es auf der Stelle gewußt. In atemloser Hast war sie zu Gerhards geeilt, sich an seine Brust zu werfen und seine Vergebung zu erleben. Als sie erfahren hatte, daß er noch nicht zurückgekehrt sei, hatte sie den Diener bestimmt, sie in dem dunkeln Zimmer warten zu lassen, ohne Gerhards etwas von ihrer Anwesenheit zu verraten. Sie mußte ja, daß sie das Heilmittel besaß, welches ihm mit Zauberechnelle Genesung bringen würde, und sie hatte sich in der Hoffnung auf seine wunderbare Wirkung nicht betrogen.

Rita Gardini erhielt wenige Wochen später einen mehrmonatlichen Urlaub zu einer Gaskampfreise durch Amerika, und sie ist von dieser Reise nicht mehr in die Hauptstadt des Deutschen Reiches zurückgekehrt. Ueber die Gründe, welche sie dazu veranlaßt haben könnten, waren eine zeitlang die verschiedenartigsten Gerüchte unter ihren Bewunderern und unter ihren Reditern im Umlauf.

Keines derselben traf die volle Wahrheit; dem Gerhards Steinwar und seine glückliche junge Frau, die einzigen, welche das Geheimnis hätten verraten können, sie taten des Namens der Sängerin niemals Erwähnung, nicht einmal in jenen traulichen Stunden des Alleinseins, da mit den Erinnerungen an glückliche und leidvolle Tage der Vergangenheit auch das Bild des schönen, verführerischen Weibes lebendig wurde in ihren Herzen.

E n d e.

es handelte sich bloß um einen vertraulichen Verkehr, so wie alle übrigen Parteien ihn ungestört pflegen, und der bloß den Sozialisten nicht gestattet werden sollte. Da nun durch den Herrfurth'schen Erlaß und das von der „Leipziger Zeitung“ veröffentlichte Programm der sächsischen Polizei mit genügender Deutlichkeit festgestellt ist, daß der Sozialdemokratie gegenüber nach dem 1. Oktober der alte Kurs und die alte Praxis beibehalten werden soll, so müssen wir auch nach dem 1. Oktober auf Geheimbundsprozesse gefaßt sein. „Material“ läßt sich ja leicht beschaffen — in dessen man kann die Beschaffung doch etwas erschweren.

Ueber die Steuerpläne des neuen Finanzministers weiß die „National-Zeitung“ folgendes zu berichten: „Ohne bestimmte Zahlen verbürgen zu wollen, glauben wir, daß die Degression der Steuerätze (bei der Einkommensteuer) schon bei einem Einkommen von 8000 oder 9000 M. beginnen würde, wobei die Steuerätze in den niedrigeren Steuerklassen selbstverständlich immer geringer würden. Ein wichtiges Moment der Entlastung dürfte ferner in einer weitgehenden Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des einzelnen Steuerzahlers, wie der Größe der Familie u. dgl. und zwar nach bestimmten, im Gesetz neu gegebenen Normen, liegen. Die Erbschaftsteuer ist, wenn wir recht unterrichtet sind, für die dem Erblasser am nächsten stehenden Kategorien von Personen mit einem mäßigen Satz, ein Prozent des Erbschaftskapitals in Aussicht genommen, wovon kleine Erbschaften ganz frei bleiben würden. Daß eine große Anzahl Personen durch die Reform der in ihrem Ertrag zunächst unverändert bleibenden Gewerbesteuer entlastet würden, ist in den letzten Tagen berichtet worden. Abgesehen von dieser Entlastung, würden alle mit weniger als 900 M. Einkommen eingeschätzten Personen, weil sie keine Klassen- und Einkommensteuer zahlen, insoweit von der Reform unberührt bleiben. Diese sehr große Anzahl von Staatsangehörigen würde aber durch die Neugestaltung der Kommunalbesteuerung entlastet werden. Wir glauben, daß man sich in dieser Beziehung jetzt für die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer und für die vorläufige Beibehaltung der anderen Hälfte als Staatssteuer entschieden hat, letzteres u. a. zu dem Zwecke, um auch nach einem den Verhältnissen der ärmeren Landesteile besser entsprechenden Maßstabe den Kommunalbedürfnissen gegenüber auszuheilen zu können.“

Ueber die Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe veröffentlicht der „Korresp. für Deutschlands Buchdrucker“ folgendes: Das Buchdruckgewerbe zählt 2258 Buchdruckereien mit 108117, 1992 mit mehr als 108117 Buchdrucker. Von letzteren arbeiten 973 Druckereien 10¹/₂, 896 Druckereien 11 Stunden, 134 Druckereien arbeiten noch länger, einzelne sogar bis zu 15 Stunden! „Früht man schließlich hinzu“ sagt das Blatt, „daß 67 Offizinen regelmäßig, 1694 Offizinen zeitweise nach Feierabend zur Ueberarbeit greifen, und daß 1727 Unternehmen über die Arbeitszeit in ihren Geschäften Auskunft zu geben nicht für gut fanden — wohl am allerwenigsten deshalb, weil sie bereits den Achtfundentag eingeführt haben — so ist der Schleier von dem Berrühde der zehnstündigen Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe zur Genüge entfernt.“ Das Buchdruckgewerbe ist nun eines derjenigen, in welchem durch die Gehilfenchaft wenigstens einigermaßen Ordnung geschaffen wurde. Wenn aber selbst hier der tarifmäßige Normalarbeitstag in so auffälliger Weise überschritten wird, so beweist das umomehr die Notwendigkeit eines staatlich vorgeschriebenen Normalarbeitstages, über den hinaus überhaupt nur in benannten Fällen gearbeitet werden darf, welche durch Elementarereignisse u. begründet sind. Läßt man im Buchdruckgewerbe die Ueberstunden wegfällen, so würde der Einfluß auf die Zahl der Arbeitslosen ein äußerst günstiger sein; daselbst Verhältnis muß bei gleichem Vorgehen in allen übrigen Berufen eintreten. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist denn auch das einfachste Mittel, die Sozialreform organisch zu bewerkstelligen, aber ohne das einmütige, ausdauernde Eintreten des ganzen arbeitenden Volkes für dies Prinzip wird der Staat nicht Abhilfe schaffen.

Oesterreich-Ungarn. Die Lage der Arbeiter in Korbmähten wird in folgender Notiz, welche die „Wiener Arbeiterzeitung“ der Wochenchrift des Niederösterreichischen Gewerbevereins“ entnimmt, deutlich und gewiß authentisch gezeichnet: Wind für die Anlage einer mechanischen Weberei. Wie wir einer Mitteilung der Bundesgruppe Giebau des Bundes der Deutschen Korbmähten an die Ulmiger Handelskammer entnehmen, ist der genannte Ort für die Erbauung einer mechanischen Weberei oder Seidenwarenfabrik sehr geeignet. Giebau zählt 200 Einwohner, die zu zwei Dritteln auch in der mechanischen Weberei ausgebildete Weber sind. Der Ort liegt drei Viertelstunden von der Eisenbahnstation Domstadt und zwei Stunden von Ulmzig entfernt. Die Arbeiter Giebaus leiden unter großer Armut, was vollkommen begreiflich ist, wenn man erfährt, daß sich durchschnittlich ein Arbeiter mit einem

Hilfsarbeiter wöchentlich zwei Gulden verdient, wovon meist eine Familie von vier bis acht Köpfen leben muß. Trotzdem ertragen — wie es in der betreffenden Zuschrift heißt — die Arbeiter ihr Los, und kommen in Giebau noch nicht die geringsten Arbeiter-Unruhen vor. Die Arbeiter sind deshalb außerordentlich genügsam. Die Gemeindevertretung des genannten Ortes würde das Zustandekommen eines der bezeichneten Unternehmen durch Ueberlassung eines Bauplatzes gerne unterstützen. Man höre, zwei erwachsene Arbeiter, von welchen der eine ein gelernter Weber ist, verdienen zusammen pro Gulden wöchentlich! — Und was für Mühenmenschen das sind! Sie verstehen es, mit 25-30 Kreuzern pro Kopf und Woche zu leben, und dabei „ertragen sie ihr Los.“ — Auch wir wünschen herzlich, daß sich ein oder der andere Wiesenburger dießjährigen Fabrikantenparadieses erbarme und eine Fabrik in Giebau errichte. Er wird ja ein gutes Geschäft dabei machen, aber das beste die Arbeiter. Nicht als ob die Löhne sofort erheblich steigen würden; der Fabrikant such ja die Hungerlöhne auf. Aber die Fabrik würde die Arbeiter einander näher bringen, sie organisieren und sie der Arbeiterbewegung zuführen. Sie würden anfangen, darüber nachzudenken, was es ihnen bis jetzt gekostet hat, das höchste Lob zu verdienen, dessen der profitstuchende Bourgeois fähig ist: daß sie „außerordentlich genügsam“ seien; sie würden ihre verdammte Genügsamkeit ablegen und beginnen, Menschen zu werden.

Belgien. Aus Brüssel erhält die Berliner „Volks-Ztg.“ folgenden Bericht über den näheren Verlauf der Verhandlungen betreffs des allgemeinen Streikrechts und des allgemeinen Ausstandes: Zum ersten Punkt meldeten sich zahlreiche Redner zum Worte. Die Vertreter der Industriegebiete bestritten die Idee einer wiederholten Manifestation, deren Erfolg, wie sie sich ausdrückten, ein bloß platonischer bleiben würde. Schließlich jedoch wurde mit großer Mehrheit die Tagesordnung angenommen, daß die Manifestation im November d. J. vor Eröffnung der Kammer stattfinden solle. Die Sitzung wurde sodann bis 2 Uhr nachmittags unterbrochen. Bei der Wiedereröffnung nahm der Kongress sofort die Frage des Generalkonflikts auf, die eine sehr lebhafte und leidenschaftliche Debatte hervorrief. Die meisten Redner hoben hervor, sämtliche friedliche Kundgebungen des belgischen Volkes zur Erlangung der politischen Rechte seien fruchtlos gewesen, man müsse ein schärferes Verfahren einschlagen und die Propaganda in revolutionärem Sinne betreiben. Es wurde auf das Beispiel Frankreichs und Deutschlands hingewiesen, wo das allgemeine Streikrecht bestünde, weil das Volk in diesen Ländern es verstanden habe, zu den äußersten Mitteln zu greifen. Mehrere Sozialisten, unter ihnen Anstiens aus Gent, empfahlen ein besonnenes Vorgehen mit gesetzlichen Mitteln, billigten jedoch im Prinzip den allgemeinen Ausstand, der aber friedlich bleiben müsse. Die Bergarbeiter forderten den sofortigen Ausstand. Es wurde ihnen bemerkt, die belgischen Bergleute müßten sich zuvor die Solidarität der deutschen, englischen und französischen Genossen sichern, damit sich diese weigerten, der Regierung und den Kapitalisten Belgiens die Kohlen zu liefern. Wegen dieses Einwand wurde geltend gemacht, daß in alternativer Zeit ein Bergarbeiter-Kongress in La Louviere zusammenzutreten und bei den Arbeiterverbänden der verschiedenen Länder diesen Antrag stellen werde. Ferner wurde auf die Eventualität einer Verbindung des internationalen Bergarbeiterstreiks mit einem allgemeinen Ausstande der Gewerke in Belgien hingewiesen. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Gezwungenermaßen ist der geeignete Zeitpunkt gekommen, im Prinzip den allgemeinen Ausstand zu beschließen und alle Gruppen der Arbeiter und der Demokraten aufzufordern, daß sie alles ins Werk setzen, um den Ausstand in möglichst kurzer Zeit vorzubereiten und ihn nach seiner Proklamierung erfolgreich durchzuführen.“ Diese Resolution wurde einstimmig gefaßt. Nur einige Angehörige der bürgerlich-progreßistischen Partei erhielten sich der Abstimmung. Die Annahme der Resolution wurde mit langandauerndem Beifall begrüßt. Alsdann entspannen sich neue Debatten zwischen den Fürsprechern einer sofortigen Aktion, welche außer den Bergleuten auch von den Metallarbeitern gewünscht wurde, und benjenigen, die zunächst eine Organisation der ganzen Arbeitermacht empfahlen. Schließlich gelangte man zu einer Verständigung, und es wurde ein neuer Antrag eingebracht, der besagte: „Der allgemeine Ausstand muß innerhalb eines Jahres proklamiert werden.“ Inzwischen wurde über denselben nicht abgestimmt. Die Mehrheit entschied sich dahin, der Arbeiterpartei die Wahl des geeignetsten und günstigsten Zeitpunktes zu überlassen. — Der Kongress beschloß dann noch eine lebhafte Propaganda in der Armee und eine fernere Resolution, die es den Arbeitern und den Demokraten zur Pflicht macht, bei den Wahlen einzutreten und allein für Anhänger des allgemeinen Wahlrechts zu stimmen. Zum Schluß erinnerte der Präsident an die Fidesformel vom 10. August, in welcher die Manifestanten geschworen hätten, nicht eher den Kampf ruhen zu lassen, bis dem belgischen Volk ein Vater-

nt, wome
betreffs
r-Urtheil
genügend
es würde
ternnehmen
verfügen,
pelen der
men zue
r Mutter
nd 25-30
nd dabei
gen herzu
urg dieht
und eine
ein guat
Arbeiter
n würden
auf. Aber
g bringen
zuführen,
was s
ob zu ver
fähig ist
ie würden
er, Volksh
Berlauf
einen
fländes
edner zum
bestimmen
deren Gr
latamirge
mit großer
daß die
finnung der
de lobam
Frage des
halte und
rsten Red
gebungen
politischen
schärferes
in revolu
as Beispiel
ro das
t in diesen
Wittels
Anlehen
mit ge
den all
den müsse
Ausnahm
Bergleut
chen, eng
damit sich
kapitalisten
sicheren
schlechter
Zeit
zusammen
schiedenen
wurde
internatio
nen Ausn
um. Zum
: Gegen
n Brinng
und alle
den aufzu
n und ihn
zuführen.
ur einige
artei ein
der Hei
begünsti
sich den
über den
gewinnli
ganisation
eßlich ge
wurde ein
allgemein
proklamir
nicht ab
der Ar
ünftigen
beschlo
armee und
und der
einzig
bedürftig
sident an
die Mann
Kammi
n Vater

land erobert wäre. Der Präsident forderte die Delegierten auf, diesen Schwur zu wiederholen. Dann trennte sich die Versammlung unter dem Abhingen der Marschmusik. — In der Stadt blieb alles ruhig. In den hauptsächlichsten sozialistischen Versammlungsorten waren rote Fahnen aufgezogen. Man glaubt, daß in dieser Woche mehrere partielle Streiks ausbrechen werden, vornehmlich in den Gruben, deren Vertreter wünschenswert, daß sofort der allgemeine Streik proklamiert werde.

Rugland. Tambow, 8. September. (Pres. Btg.) Ein mysteriöses Attentat ist vorgestern in Mariinsk verübt worden. Der Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Mariinsk erhielt nämlich durch den Chef der Station der Tambow-Saratower Bahn eine Schatulle, welche letzterer wiederum in der vorhergehenden Nacht vom Oberkondukteur des von Saratow nach Tambow gehenden Zuges zur Beförderung an ihre Adresse in Empfang genommen hatte. Als der Direktor in Gegenwart seines Sekretärs die Schatulle öffnete, erfolgte eine Explosion, infolge welcher beide Beamten erheblich verwundet wurden. Die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß der in Rede stehende Oberkondukteur das verhängnisvolle Paket nach dem letzten Glockenzeichen von einem unbekanntem Reisenden mit der Bitte erhalten hatte, es durch den Stationschef an seine Adresse befördern zu lassen. Die Gendarmerie telegraphierte nach diesem Ergebnisse der Nachforschungen unverzüglich an alle noch in Betracht kommenden Stationen der Bahn unter Angabe einiger Kennzeichen des unbekanntem Reisenden, um dessen Verhaftung zu veranlassen, doch war alles umsonst. Wahrscheinlich war es demselben gelungen, sich auf irgend eine Station in die Wäpche zu schlagen. Dem Ansehe nach handelte es sich nur um einen persönlichen Rachegatt.

Amerika. Bezüglich der kirchlichen und religiösen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten teilt der „Independent“, ein zuverlässiges, freireligiöses Blatt, folgende statistische Notizen mit: Es gibt 22 Millionen fröhe Bekenner der christlichen Religion, welche den verschiedenen Kirchengemeinden angehören; von diesen umfaßt die katholische Kirche die größte Anzahl Mitglieder, 8.300.000; ferner gehören der Methodisten-Kirche 4 Millionen, sowie der Baptisten-Kirche 4 1/2 Millionen an; die Methodisten und Baptisten sind die zahlreichsten Sekten der protestantischen Kirche, zu welcher außerdem noch 15 andere, weniger zahlreiche Sekten gehören. Unter allen diesen ist die katholische Kirche vorzugsweise bestrahlt, Propaganda zu machen. Staat und Kirche sind in den Vereinigten Staaten getrennt; die Kirche ist hier frei von jeder Staatskontrolle, frei von jeder Einmischung der Staatsgewalt. Man betrachtet hier vom Standpunkte des konstitutionellen Rechts die Religion als eine Privatangelegenheit; jedes Individuum mag sich nach seinen Gefühlen und Überzeugungen beliebig irgend einer Glaubens- oder Kirchenlehre anschließen oder auch der atheistischen Richtung huldigen. In allen diesen Fällen hat der Staat kein Recht, den Glauben oder Nichtglauben, überhaupt die religiösen Affektionen zu kontrollieren oder die individuelle Gewissensfreiheit irgendwie zu beschränken. Dabei sucht aber die Kirche, und zwar sowohl die katholische als die protestantische, den Staat mehr oder weniger unter ihre Herrschaft zu bringen. Alle Sekten sind überdies bestrebt, die Religion in die öffentlichen freien Schulen einzuführen. Wenn nach den hiesigen Verfassungen gelten die öffentlichen Volksschulen als Staatsanstalten, und ebenso wie der Staat von der Kirche getrennt ist, soll auch die Schule als Staatsanstalt von der Kirche getrennt sein, so daß keine Religion in den öffentlichen Schulen Zugang finden darf.

Deutscher Bergarbeitertag.

2. Verhandlung, Dienstag, 16. September 1890. Es wird in der Berichterstattung der Delegierten über die Lage der Bergleute in den einzelnen Revieren fortgefahren. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, wird eine Richtigstellung über den Bericht einer hiesigen Zeitung vorgenommen. **Birrwanger-Saarrevier:** Die Arbeiten werden bei uns vielfach an den Weisbäckern vergeben. Hier hängt der Verdienst vielfach vom Zufall ab. Auch spielt die Kunst bei Vergabe der Arbeit eine Hauptrolle. Maßregelungen der hervortragenden Mitglieder des Reichstagesvereins sind nicht selten. Die Arbeiterkassenscheine sind nur der Form da. Sie kommen nur bei nebensächlichen Dingen in Betracht. Durch Abreibung der Solale werden der Vereinigung große Schwierigkeiten bereitet. — **Wagner-Gebirge:** In seinem Bezirke ist die Wahl der Arbeiterkassenscheine unterblieben, weil sie sich keiner Zwangswohl unterziehen wollten. — **Fuchs-Saarrevier:** Die freie Wahl der Ärzte in den Knappschaftskassen mußte eine Hauptforderung sein. Redner hat in 4 Jahren 300 R. Strafe bezahlt, wovon aber keine Mark für Disziplinarvergehen. Jetzt ist die Strafe verächtlich durch Ausfallen der Arbeitseigen. — **Otto-Leuchner** berichtet über die Lage der Bergleute in der Provinz Sachsen. Ihm schließt sich Richter-Widersleben an. Beide entwerfen daselbe traurige Bild über die Lage der Bergleute. Besonders hart sei der Stand eines mit Familie gelagerten Bergmannes. — **Schäfer-Dortmund:** Man müsse sich selbständig machen. Die Weisbäcker seien konfessionenlos gegen mit den Kapitalisten Hand in Hand. Redner erzählt seine Erfahrungen bei dem Streik in den Jahren 1872-78. Alle anwesenden Bergleute seien einig in der Verbesserung ihrer Lage. Ein Bild können wir uns machen von unsern Arbeitgebern, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bis zum Kongress

nur ein einziger Delegierter in Arbeit gewesen. Jetzt sei auch dieser entlassen. Des weitern beklagt Redner die Affäre Einspater. — Hierauf wird eine Depesche von der Grube Maybach, woselbst wieder schlagende Wetter stattgefunden, verlesen. Zum Heben der Teilnahme für die verunglückten Kameraden erheben sich die Delegierten von ihren Sitzen. — **Vater-Oberleutnant** protestiert dagegen, daß den Bergleuten Kontraktarbeiten vorgenommen werden. Die Forderungen seien frühzeitig gestellt worden. Die schlagenden Wetter entstehen nur durch die Schuld der Bergwerksbesitzer, weil keine genügenden Ventilationen vorhanden. — Die weiteren Redner schliegen sich zum größten Teil den Vorbereitern an. Gegen die Knappschaftskassen wird vielfach aufgetreten. Selbige werden als veraltete Institutionen bezeichnet, welche dem heutigen Zeitalter nicht mehr entsprechen. — In der Nachmittags-Sitzung sind außer dem in Laufe des Vormittags erschienenen Delegierten Otto-Leuchner, auch Bunte und Siegel aus Dortmund erschienen. Letzterer hat ein Mandat für das Mansfelder Revier. Die Redner der Nachmittags-Sitzung veranlassen teilweise, um auch dem Bürgerhand entgegenzutreten zu können, die Gründung von Konsumvereinen. **Edart-Essen** berichtet über die angeblichen Vorkämpfer, welche den Bergleuten seines Reviers, wie auch den anderen dort ansässigen Arbeitern befehlen gependet werden sollen. Redner tritt für Organisation energisch ein. Siegel-Dortmund erzählt seine Erfahrungen aus dem Mansfelder Revieren. Es seien gewagte Worte von Herrn Leuchner, wenn er behauptet, daß in seinem Revier die Lage der Arbeiter eine gute sei. Als Beweis des Gegenteils sei der Widerspruch des Herrn Leuchner gegen die Abhaltung des Kongresses in Gieseler anzuführen. Die Lage der Bergleute sei in den Mansfelder Revieren ebenmäßig über all. Die Löhne seien auf Wogelöhne von 6 R. vor. In Staßfurt sei bei einer Veranlassung dem Steiger auf Anfrage geantwortet, daß nur 70 Pf. pro Tag verdient würden. Redner ermahnt dringend zur Einigkeit. Bunte-Dortmund referiert über die Erfahrungen, welche er bei seiner Agitation erlebt. Wenn der Knappschaftskassenscheine Freude von Dortmund bei einer Vorstellung beim Minister von Verleipch erzählt, daß alle Bergleute an den Knappschaftskassen fehlten, so könne er nur dieses von seiner Person bekennen. Redner mahnt vor Zugang von Arbeiter nach Rheinland und Westfalen und bringt folgende Resolution ein: „Der heute in Halle a. S. tagende Bergarbeitertag empfiehlt allen Berg- und anderen Arbeitern Deutschlands dringend, den Bezug nach Rheinland und Westfalen bis auf weiteres fern zu halten.“ Nach einem Manuskript des Bergwerksbesitzer und Bankier Emil Bauer in Berlin sollen 18.000 fremde Arbeiter, um eine Regelung der Produktion und Konsumtion herbeizuführen, entlassen werden. Die endgültige Abkündigung über die Resolution erfolgt am Mittwoch. Inzwischen ist ein Telegramm aus Maybach eingegangen, daß der Tod von dreißig Kameraden mitteil. Auf Antrag Bauer wird den Vinterblättern befehlen sofort telegraphisch das Revier aus dem Bergarbeitertage auszuschließen. Hiermit ist der erste Punkt erledigt. Als nächster Punkt wird Beratung behufs Gründung eines Deutschen Bergarbeiter-Vereins an die Tages-Ordnung gesetzt, da sämtliche Delegierte durch Abstimmung für die Gründung eines solchen eingetreten. Ferner werden noch folgende Punkte zur Tagesordnung festgelegt:

1. normaler Löhne,
2. achtstündiger Schichtzeit,
3. Wegfall getrennter Gebirge,
4. notwendige Lohnzahlung. Auslösung nach beendeter Schichtzeit,
5. Aufhebung des Wagners. Weggeführte resp. gemüllte Kohlen sind durch eine Kommission zu prüfen. Strafen sind nicht zu verhängen,
6. gutes bauliches Material,
7. Entgeltenerkung der Importierung fremder Arbeiter,
8. freie Vergewaltigung bei den Knappschaftskrankenkassen,
9. eines deutschen Berggesetzes,
10. Freizügigkeit innerhalb deutscher Knappschaftsbezirke durch Kartellverträge,
11. einer dem Arbeiter leicht verständlichen Statistik,
12. der Gesundheit, sowohl als dem Gemeinwohl förderlichen Einrichtungen, als Badeanstalten auf den Gruben u. i. w.,
13. Ernennung der Zeitung „Mittwoh“ in Zwickau als Organ der deutschen Bergarbeiter,
14. Zusammenkunft des Reichstages aus Delegierten aller Reviere (Kongress oder Länder), Sachsen mit mindestens einem Vertreter im Bureau.

Nach Festlegung derselben wird die Sitzung, um den einzelnen Revieren Zeit zur Beratung über eine vorgesehene Statutenvorlage zu geben, am Mittwoch früh vertagt.

3. Verhandlung, Mittwoch 17. September 1890, früh.

Der Vorsitz führt Groß-St. Angert. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die zur Statutenberatung die Redezeit auf 10 Minuten für die einzelnen Delegierten festgelegt. Die Beschlüsse wird ein Antrag: Den von den weisbäcklichen Delegierten vorgelegten Statutenentwurf als Grundlage zu benutzen, angenommen. Weiter wird das Bureau zur Ausarbeitung des Statuts beauftragt. Dasselbe soll auf die verschiedenen Reviersektionen Deutschlands möglichst Rücksicht nehmen. Obwohl diese Kommissionierung eine öffentliche ist, entfennen sich doch die meisten Delegierten. Derselbe bietet auch für den weniger Beteiligten wenig Interessantes.

Berichtigung. In unserem gefrigen Bericht sind keine Irrtümer vorhanden. Es muß heißen in dem Bericht des niederländischen Delegierten: der Gruben-Direktor Kanonikus Dr. Franz hat nicht 10000 sondern 100.000 R. Abstands-gelder erhalten. Sonntags ist auf dessen Gruben nur vor dem Streik gearbeitet worden. Durch dessen Entlassung vermuten die Arbeiter, daß etwas Unrechtes vorgekommen.

Lokales.

Halle, 17. September.

— **Stadterordneten-Sitzung.** Am Montag wurden nach Kenntnisnahme mehrerer Einläufe die Kosten für eine Badeeinrichtung in der Volkshalle in der Laubstraße, für die Kanalisierung der Feldstraße, für Anschaffung von Stühlen für die Kasse der Bürgerkassen in der Halle, sowie zum Kauf von 3000 R. bewilligt. Für zu erwerben des Land an dem Marienbibliotheks-Rebau wird der Preis auf 200 R. für das Quadratmeter festgesetzt und eine Interpellation seitens mehrerer Stadterordneten betreffs Errichtung von Bedürfnisanstalten an den Magistrat beantragt.

§ Die Regulierung der Berlinerstraße nimmt zwar einen bedeutend längeren, aber insofern doch erfreulichen Fortgang, als doch wohl bei Eintritt der demnächst zu er-

wartenben nafferen Jahreszeit die Pfahnenarbeiten sich beenden lassen werden. Die so „romantischen“ Wohnungen an der Turnhalle und an der Friedhofsmauer sind bereits fertig. Am der Turnhalle entlang führt man in gleicher Richtung mit der Friedhofsmauer eine Futtermauer auf, jedoch das Gebäude einen, später von einem eisernen Geländer umgebenen Vorplatz erhält; die Friedhofsmauer dagegen muß infolge der Abkündigung unterfahren werden, da dieselbe sonst der Gefahr der Verwahrlosung überhörtig ausgesetzt wäre. Für die Belagerung der Straße ist nunmehr bereits gesorgt.

§ Durch ein Versehen ist der für die Montagnummer bestimmte gewisse Artikel über die Mißstände auf der Mühlstraße erst gestern zum Abdruck gelangt. Wir berichten daher hiermit gern, daß unsere, diesem verletzten vorangegangenen, auf die geringsten Verhältnisse aufmerkmake Artikel zuhändigen Orts Anzeigung zur Befreiung oder doch Milderung derselben gegeben haben. Seit Montag nämlich ist behufs Befreiung bezug. Regelung des vorigen Verfalls ein Polizeiamter bis in die Abendstunden hinein aufgestellt und ist auch die Mittelstraße seit demselben Tage endlich in Tätigkeit gesetzt worden, auch räumt man zur Nacht die größten Hindernisse aus dem sehr beengten Wege, jedoch nun auch der abendliche Verkehr förmlich ohne Unfall stattfinden kann. Wir vermessen aber noch an der Laufbrücke über das aufgedeckte Mühlgraben, die namentlich für Kinder, sehr notwendigen Schutzbrücke.

— Der Evangelische Arbeiterverein hielt nach der „Hall. Btg.“ am Montagabend einen gesellschaftlichen Vereinsabend ab, in welchem man sich der Hauptsache nach mit dem von verschiedenen Vereinen gehaltenen Vortrage des Herrn Pastor Werner-Gohndorff über die innere und äußere Mission sowie der daran geknüpften Diskussion beschäftigte. Der Verein erklärte sich (selbstverständlich) einverstanden mit den Ausführungen jenes Redners, „hätte jedoch gewünscht, daß bei der auf den Vortrag folgenden Diskussion noch mehrere gewandte Redner der staatsrechtlichen politischen Vereinigungen die langatmigen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner entkräftet hätten, die sich nicht erböteten, die christliche Religion zu verleugnen.“ Weiter wurde die Meinung ausgedrückt, daß die Herren Pastoren nicht allein mit der Predigt moralisch auf die Gemeindeglieder einwirken vermögen, sondern noch mehr wie bisher durch persönlichen Verkehr in das Volk bringen und die sozialen Schichten an der Wurzel mit zu befeuern suchen möchten. — Das Letztere haben ja die Herren verstanden, daß sie aber damit Erfolg haben werden, glauben die Herren nicht ihren Anhängern selbst nicht.

— 182 unermietete Wohnungen, d. i. 46 weniger als im vorigen Quartal, haben die Wohnungsstellen des Haus- und Grundbesitzvereins im 3. Quartale aufzuweisen.

§ Am Leipzigerplatz entging vorgestern abend ein dahereitender Knebe nur knapp der Gefahr, von einem Pferdeabwägen überfahren zu werden. Derselbe wollte rasch über den breiten Damm laufen, als der Führer des betr. Pferdeabwägens zu gleicher Zeit sein Pferd zu schnellerem Lauf antrieb. Wohl bemerke der Knebe, die Gefahr bemerkte, seinen Lauf stoppte aber so, daß er unerschütterlich unter den Wagen gefährt sein würde, wenn ihn nicht in dem kritischen Augenblick ein Herr zurückergriffen hätte. Bei dem Fall, den der Knebe infolgebehalten hat, hatte er sich eine Hautabwärtigung am Knie zugezogen.

Arbeiterbewegung.

□ Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Fördervereins der Maurer, welche den 16. d. M. stattfand, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: „Inwiefern ist die Gewerkschaftsbewegung im Lande gebunden, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern.“ Das Referat hatte Herr Worin übernehmen, welcher im Eingang seiner Rede auf das Sozialistengesetz hinwies, wie selbiges demoralisierend auf die Bewegung gewirkt hätte, wie die Führer der Bewegung der Verfolgung wären preisgegeben und dieselben sogar bis in den Tod getrieben, aber die Gegner nicht im Lande gewesen wären die Bewegung existieren zu können. Redner behauptet die englische Arbeiterbewegung und ihre Verfolgungen vom Jahre 1800 bis 1845, wo selbige sich erst das Koalitionsrecht nach harten Kämpfen errungen hätten. Auch die französische Arbeiterbewegung hat selbiges zu verzeichnen. Referent beleuchtet eingehend den Sklavenhandel und die jetzigen Lohnslaven und zieht hieraus den Schluß, daß erstere besser existiert hätten als die jetzigen Lohnarbeiter, welche ganz der Laune des Kapitals preisgegeben wären, denn die jetzigen Löhne könne man nur als sogenanntes Futtergeld betrachten, welches nur aus der Hand in den Mund reiche, denn bei wenigen Arbeitern würde überhaupt nur ein kleiner Rest zu verdienen zu verdienen, die großen aber einen kümmerlichen Dödel. Die hohen Sterblichkeitsziffern gäben das beste Zeugnis hierfür. Redner kommt schließlich zurück auf die Arbeiterbewegung, welche fort und fort befreit ist dem Kapital einen Damm entgegenzusetzen durch stramme Organisationen, welche nur allein aufläutend und bildend die Masse erziehen können und fordert auf, denselben in der ähmeren Zeit treu zu bleiben, damit nicht unsere Kinder nach unserem Tode launen könnten, wir hätten nichts zur Verbesserung ihrer Lage getan, sondern gleichgültig in den Tag hinein gelebt. Beifall lohnte dem Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde des Kollegen August Griebel gedacht, welcher aus diesen Leben beschleunigt ist. Für seine kranke Frau wurde eine Unterstützung bewilligt. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung ein Generalausschussung ist behufs Vorstandswahl, in welcher die Mitglieder der Legitimation mitzubringen sind. Nach Regelung verschiedener Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Arbeit nicht erst besuchten Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung recht zahl besucht werden möchte.

— Am Montag den 15. d. M. tagte in Faulmann's Saal eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Die Entwidlung der Produktion und die Interessen der Arbeiter. 2. Stellungnahme zum Deutschen Schuhmachergesetz. 3. Beschließenes. Der Referent Herr Krüger entbehrte sich seiner Aufgabe in einem einfindigen Vortrage zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Der 4. Punkt wurde die Notwendigkeit der Beschäftigung des Kongresses Harzgelet und nach eingehender Diskussion folgte Gieber als Delegierter gewählt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Rath und Fern.

Merseburg. Seit einiger Zeit herrscht in dem benachbarten Lauchstädt der Unterleibsthyppus. Derselbe hat sich inzwischen auch auf mehrere Landgemeinden verbreitet und größere Ausdehnung angenommen, so daß der lgl. Landrat sich veranlaßt sieht, besondere, vom Kreisphysikus zusammengestellte Schutzmaßregeln zu veröffentlichen und auf die

Strafparagrafen bezüglich der Anzeigepflicht hinzuweisen. Die Behörde meint, daß die Krankheit die Ausdehnung nur habe gewinnen können, indem wahrscheinlich die ersten Fälle bei der Polizei nicht zur Anzeige gekommen.

Aachen. Der am Sonntag fahrplanmäßig um 12 Uhr von Aachen abfahrende Personenzug stieß bald nach Abfahrt vom Bahnhof des ersten Ortes mit einem von St. Vith kommenden Personenzug zusammen. Die Lokomotiven beider Züge, sowie fünf Wagen wurden vollständig zertrümmert. Vier Tote und vierzehn schwer Verwundete wurden aus den Trümmern gezogen. Ein großer Teil der Verwundeten wird wohl den erhaltenen Verletzungen erliegen. Nicht weit von der Station Montjoie macht die Bahn eine große Kurve am Bergabhang entlang. Hätte sich das Unglück eine Minute früher ereignet, so hätten beide Züge unfehlbar den Damm hinunter ins Thal stürzen müssen und wäre die Katastrophe noch viel schrecklicher gewesen. Die Eisenbahnstrecke Aachen-St. Vith ist eingeleigt, das Unglück kann also nur durch ein Versehen bei Ablassen der Züge auf einer der beiden Stationen Montjoie oder Katterberg zurückzuführen sein. Das Königl. Eisenbahn-Betriebsamt Aachen giebt als Grund des Unglücks unrichtige Handhabung des Telegraphendienstes an und erwähnt nur drei Tote.

Mün. In St. Wendel fand am Grube M a y b a c h ein Unglück infolge Explosion statt, wobei von 400 angelegenen Grubenarbeitern 150 vermisst werden. Nach anderen Meldungen sind bis jetzt 23 Tote aus Licht befördert worden.

Bermischtes.

*** Die Bebelstraße in Berlin.** Ein Leser der „Berliner Volkszeitung“ schreibt: Wohin sind Sie verzogen? wurde dieser Tage ein Handwerker gefragt. „Nach der Bebelstraße“, war die erstgemeinte Antwort. Diese Bezeichnung befremdete uns, man hat aber weitere Aufklärung. Nun, die Bebelstraße ist eine im Osten Berlins ziemlich bekannte Straße; früher trug sie die Bezeichnung 7b, alle Petitionen um endliche Laufe der Straße blieben fromme Wünsche, bis jetzt eines Morgens an allen vier Straßenecken in großer, rotbrauner, weißlich leuchtender Schrift die Bezeichnung „Bebelstraße“ prangte. Eine kundige Hand muß der Urheber gewesen sein, denn trotz aller Bemühungen ist es erst gelungen, an zwei Ecken die neue Bezeichnung verschwinden zu machen.

*** Auch ein Geister der Nation.** Eine aufsehenerregende Verhaftung ist am Sonntag früh in Berlin erfolgt. Der 28-jährige Graf v. Kleist-Soß, Leutnant der Landwehr und Majoratsbesitzer, ist von zwei Kriminalbeamten in seiner Wohnung Alt-Moabit 134 verhaftet und unter der Beschuldigung schwerer Körperverletzung in Untersuchungshaft genommen worden. Graf Kleist, welcher als ein außerordentlich exzentrischer Charakter gilt, hatte in der Nacht zum Sonnabend in dem in der Behrenstraße belegenen Passage-Hotel einen lärmenden Austritt verschuldet, indem er mit einer dort logierenden „Freundin“ in Streitigkeiten geriet, welche so lebhaft geführt wurden, daß das ganze Haus alarmiert wurde. Aus diesem Grunde hatte der Hotel-

Inhaber dem Grafen den ferneren Verkehr in dem Hotel brieflich unterlagt, woran sich jedoch derselbe nicht lehrte, denn in der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr trat er in die im Erdgeschoß befindliche Wirtschaft ein, um durch dieselbe in das Hotel zu gelangen. Als ihm der Wirt den Eintritt wehrte, forderte er denselben auf, nach der ersten Etage mitzukommen, um festzustellen, ob er den gestrigen Lumnul verschuldet habe. Der Wirt entsprach dem Wunsch des Grafen, hatte jedoch seine Bereitwilligkeit bitter zu bereuen, denn Graf v. Kleist soll ihm bei dem sich nun entspinrenden Wortwechsel mit der Faust ins Gesicht geschlagen, ihn die Treppe hinuntergestoßen und ihn schließlich die letzten sieben Stufen hinabgeworfen haben, und zwar über das Geländer, so daß er auf die Steinfliesen des Flurs aufschlug und bewußtlos liegen blieb. Infolge der sogleich erstatteten Anzeige wurde der Graf einige Stunden später in Haft genommen; derselbe soll bereits wegen Körperverletzung vorbehaftet sein. Um den Grafen hat sich in Moabit bereits ein förmlicher Sagenkreis gebildet, da er es stets liebt, die öffentliche Aufmerksamkeit zu beschärfen. Er verteilt freigebig Geld unter die Kinder, indem er es zum Fenster hinauswirft, bezahlt Drochsenkautscher fürstlich und besüßelt auch seine Domefiten auf das reichlichste — wenn er sie vorher tüchtig durdgeprügelt hat —, und begehrt mehr dergleichen Conderbarkeiten.

*** Aus einer Gerichtsverhandlung,** welche gegen einen Volksschullehrer wegen Körperverletzung im Amte (Ueberschreitung des Züchtigungsrechts) in Nürnberg stattfand, ist ein Gutachten des Bezirksarztes Dr. Mertel bemerkenswert, in welchem ausgeführt wird, daß Schläge auf das Gefäß bzw. den Rücken, wenn sie Schmerz erregen, also ihren Zweck erfüllen sollen, Spuren zurücklassen müssen. Der angeklagte Lehrer wurde freigesprochen. — Also geschehen in Nürnberg, wo leider der Trichter verloren gegangen ist, und infolge dieses Umstandes nun die Jungen derartig geprügelt werden müssen, daß Spuren, also Striemen und blaue Flecke, zurückbleiben.

*** Eine jüdische Kolonie in America.** Aus Salem, New-Jersey, berichtet die „New-Yorker Handelszeitung“: Alliance, die von aus Rußland entflohenen Juden vor acht Jahren gegründete Kolonie, ist heute eine blühende Dörflchen mit 612 Einwohnern. Das zu der Kolonie gehörige Land, welches vor acht Jahren nur 12 Doll. per Acre wert war, ist heute kaum für 100 Doll. zu kaufen. Die Kolonisten kommen gut vorwärts und sind zufrieden.

*** Folgende recht naive Annonce** veröffentlicht das Berliner „Intelligenzblatt“: „Hohe Belohnung. Sollte ich in der Nacht vom Dienstag, den 2., zum Mittwoch, den 3., einem Rinaldo in die Hände gelassen und mir bei dieser Gelegenheit meine goldene Uhr, Nr. 10350, Doppelpapier, mit goldener Schuppenkette, abgenommen worden sein, so appelliere ich an dessen Neft von Ebelstein und bitte, lieber gute Belohnung unter Diskretion anzunehmen und ehrlicher Spitzhube zu bleiben. Adresse ist: F. Strohschänke, Friedenstr. 74, Restaurateur.“ — Der Inferent scheint mehr Betruenen in den Wiederfynn des Diebes zu haben, als in die Zuverlässigkeit seiner eigenen Erinnerungen in der jedenfalls recht fragwürdigen Nacht.

Ständesamtliche Nachrichten.

Halle, 16. September.

Aufgeboten: Der Schuhmachermeister Richard Bohmmer und Anna Wagner (Neußadt 1 und Sophienstraße 13). Der Holzmotzenbräuer Franz Renz und Friederike Bieler (Güterstraße 8). Der Steuer-Aufsesser Wilhelm Friede und Marie Nicola (Baugewerksbündnis und Oberstraße 19). Der Buchhändler Friedrich Freilich und Anna Semmann (Bühnenstraße 36 und Königstraße 19). Der Schlosser Wilhelm Berger und Rosalie Händel (Königstraße 42 und Schulberg 1). Schneider Carl Kautz und Emilie Kautz (Gr. Schloßgasse 3 und Gr. Schloßgasse 11). Der Hausbesitzer Wilhelm Günter und Marie Diebau (Leipzigstraße 103 und Sandwehstraße 19). Der Handarbeiter Anton Florentin und Marie Franz (Wieschenstein und Brunoswarte 7). Der Schlosser Anton Orosch und Hanna Kähler (Halle und Trebnitz). Der Bäckermeister Friedrich Kemmer und Pauline Kniebe (Halle und Freyburg). Der Maler Friedrich Brämer und Theresie Schrapf (Leipzig). Der Wäcker Wilhelm Hiesche und Christiane Wäcker (Halle und Schodewitz). Der Schuhmacher Paul Knautz und Anna Ebel (Halle und Roßlau). Der Buchdruckerei-Faktor Christian Roß und Marie Reife (Halle und Zerbst).

Eheboten: Dem Wärtner Carl Henneberg ein S. Kurt Robert (Merseburgerstraße 26a). Dem Universitäts-Berechtigten Otto Grünlich ein S. Hans Robert Heißler (Medienstraße 6). Dem verstorbenen Marermeister Franz Höber ein S. Fritz Otto (Albrechtstraße 3). Dem Handarbeiter August Station ein S. Johann Peter (Merseburgerstraße 27a). Dem Tischler Wilhelm Dilzner ein S. Walther Kurt (Krausenstraße 12). Dem Handarbeiter Reinhold Herrmann ein S. Margarete Hedwig Emma (H. Schlamm 1). Dem Handarbeiter Heinrich Vorpost ein S. Hans Kurt Heinrich (Försterstraße 33). Dem Müller Friedrich Paul eine S. Elise Frieda (Wandenbergstraße 11). Dem Uhrmacher August Schäfer eine S. Charlotte Christiane Pauline (Dachritzgasse 2/3). Dem Bäckermeister Otto Schuch ein S. Friederike Elise (Mansfeldstraße 38).

Eheboten: Des Restaurateurs Friedrich Bucher S. Georg, 5 Nr. (Kesselerstraße 2). Des Wirtmeisters Eduard Fritz Ehefrau Johanne geb. Schlichting, 70 Nr. (Kint). Des Wäcker Andreas Schneider S. Frieda, 23. (Saulberg 3). Des Schuhmachermeisters Carl Schulte S. Paul, 13. (Zwingerstraße 23). Des Rentner Hermann Moqua Ehefrau Bertha geb. Jette, 46 S. (Friedrichstraße 19).

Stadttheater zu Halle a. S.

Donnerstag, den 18. September 1890.
5. Vorstellung. — 5. Abonnement-Vorstellung.
(Farbe: weiß).
Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende 10 Uhr.

Donna Diana,

oder: Etas und Liebe.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Moreto. Deutsch von C. A. Weis.
Personen:
Don Diego, souverainer Graf von Barcelona
Donna Diana, Erbprinzeßin, seine Tochter
Donna Laura, seine Nichte
Donna Fensia
Don Golar, Prinz von Urgel.
Don Luis, Prinz von Bearne
Don Gaspar, Graf von Foix
Berin, Sekretär u. Vertrauter der Prinz.
Floretta, Kammermädchen
Fofebiedene.
Karl Rindert.
Abel Rinald-Rauil.
Ulri Dorand.
Anna Birnan.
Ferdinand Rinald.
Ludwig Hofmann.
Adolf Schuhmacher.
Carl Friedau.
Jenny Schneider.

Der Schauspiel ist in Barcelona zur Zeit der Unabhängigkeit von Katalonien.
Freitag, den 19. September.
Coeur-Dame. Lustspiel in 1 Akt von Bernheim. Das Ende vor dem Anfang. Lustspiel in 1 Akt von Schiller. Der alte Geizhals nicht erst ist das kleinere nicht wert. Drei Frauenhüte. Lustspiel in 1 Akt von Anna Brentano.

Halle a. S., den 16. September 1890

P. P.

Meinen Freunden und Bekannten und werthen Gästen teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mit dem heutigen Tage mein Restaurant

zur Neumarkt-Bierhalle

Breitestr. 3.

an Herrn Oskar Schnur übergeben habe. Für Ihr Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dieses auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Fr. Stockmann.

Bezugnehmend auf obige Annonce teile ich einem wohlgeleiteten Publikum ergebenst mit, daß ich das Restaurant zur Neumarkt-Bierhalle mit dem heutigen Tage von Herrn Stockmann übernommen habe und unter der Firma

O. Schnur's Restaurant zur Neumarkt-Bierhalle

Breitestr. 3.

weiterführen werde, und werde bemüht sein, durch Verabfolgung guter Speisen und Getränke stets Sorge zu tragen.
Empfehle zugleich eine reichhaltige Frühstücks-, Mittags- und Abendkarte zu kleinen Preisen.
Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet

Oskar Schnur.

Neu eröffnet. Reichshallen. Neu eröffnet.

Wuchererstraße 26

empfehlen ihre komfortabel eingerichteten Restaurationslokalitäten zur gef. Benützung.
ff. Biere aus der Dampfbräueri des Herrn C. Berger, Merseburg.
Tanzsaal mit Theaterbühne, franz. Billard,
beizbare Regelbahn, große und kleine Vereinszimmer.
Hochachtungsvoll Herm. Zschau.

Britetts, Kohlensteine, böhm. Salontohlen, Gas- und Stuben-Coks,

sowie sonstige Feuerungsmaterialien in prima Qualität, unter Garantie für richtiges Maß und Gewicht, in Fußren frei Gefaß, zu den billigsten Preisen, empfohlen 1431]

Engel & Vogel, Riemeyerstraße 79.

O. Schnur's Restaurant zur Neumarkt-Bierhalle,

Breitestr. 3.
empfeilt den geehrten Vereinen sein Vereinszimmer mit Instrument zur gef. Benützung.
O. Schnur.
1529]

Zum „Bier-Zöller“

Lindenstraße 16a, neben dem „Hoffjäger“.
Restaurant, Frühstücks- und Speisewirtschaft, 1437
H. Bauer'sches Lagerbier à Glas 10 Pf.
empfeilt Ew. Schellenbeck.

Magdeburger Bierhalle

Rathausgasse 7.
Kräft. Mittagstisch. — Gekühle Biere.
Vereinszimmer frei. 1267

P. Hofmann
1. Moritzplatz
en gros
1905
Mein Geschäft ist offen für
den Fremden und offenen
empfeilt

Robert Schirlick

Halle a. S., Annenstr. 1 (Ede Vesteherstr.).
Hut und Hilfe in allen Krankheitsfällen, schnelle Besserung und sichere Heilung, ohne Arznei, ohne Operation. Erkenntnis der Krankheit durch Gesichtsausdrucksstudie. Zerlassen bei den Krankenpfosten der Militär-, Zimmerei, Zentralstellen der Wagenbauer und Schuhmacher in Halle.

Kartoffeln,

sehr schöne Ware, weiße und blaue, im ganzen und einzeln (1/2 und 1/4 Str.) zu billigen Preisen bei 1507

O. Heller, Steinweg 27 b.

Wohin so eilig, lieber Mann? —
Ins Schuhgeschäft v. Hammelmann,
1488] Geißstraße 58.

Bestellungen nach Mass

(sowie Reparaturen werden gut und dauerhaft angefertigt.)
1528] C. Göhre, Pfännerhöhe 6, 2 Tr.
Biegemesser
mit Holz und Lederstich zu kaufen gesucht.
Egnerstraße 17 im Restaurant.